

Freie Ärzteschaft warnt: Wohnortnahe Arztpraxen fallen Wirtschaft und Staat zum Opfer

Das Gesundheitswesen entwickelt sich derzeit stark in Richtung renditeorientierter Konzernmedizin. Zudem greift der Staat seit Jahren immer mehr in die ambulante Medizin ein und fördert poliklinikartige Strukturen. Beides bedrohe die ärztliche Unabhängigkeit im Interesse der Patienten, kritisierte die Freie Ärzteschaft (FÄ) am Freitag in Essen.

"Wenn Medizin sich zunehmend am Gewinnstreben privater Klinikkonzerne ausrichtet oder aber der Kontroll- und Sparwut des Staates zum Opfer fällt, dann wird das Arzt-Patienten-Verhältnis belastet", sagte FÄ-Vorsitzender Wieland Dietrich. "Die ärztliche Unabhängigkeit ist ein hohes Gut, das Patienten und Ärzte verteidigen müssen - es darf weder durch Wirtschaftsinteressen noch durch staatliche Eingriffe infrage gestellt werden."

Die privaten Klinikkonzerne übernehmen immer mehr das Ruder im Gesundheitswesen. Mit eigenen Medizinischen Versorgungszentren und Portalpraxen an Krankenhäusern wollten sie ambulante Patienten in die Kliniken lotsen, um stationäre Behandlungen und Gewinn zu generieren. Es müsse aber endlich das Gegenteil vertreten werden: das Prinzip "ambulant vor stationär". Dietrich betont: "Die wohnortnahen Haus- und Facharztpraxen sind der effizienteste und patientenfreundlichste Behandlungsort. Sie sind häufig schnell erreichbar und die Patienten werden standardmäßig von einem Facharzt behandelt. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe und die Bundesregierung sind dafür verantwortlich, dass die unabhängigen Arztpraxen zwischen Konzernmedizin und den geplanten bürokratischen, staatlichen Versorgungszentren zerrieben werden. Wir brauchen endlich Bürokratieabbau und eine deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der wohnortnahen Arztpraxen." Nur so könne man auch dem Ärztemangel entgegensteuern und das ambulante Gesundheitswesen finanzierbar und effizient halten.

"Wenn am Ende die Wirtschaftsinteressen der Konzerne Therapieentscheidungen steuern, dann gibt es keine unabhängige ärztliche Tätigkeit mehr für den Patienten. Dann bestimmen Ökonomen", macht Dietrich klar. Patienten sollten sich darüber bewusst sein, dass sie dann nicht unbedingt die Behandlung bekommen, die ihren alleinigen gesundheitlichen Bedürfnissen entspricht. So würden in den Kliniken Über- und Fehlbehandlungen entstehen, aus wirtschaftlichen Gründen würden stationäre Behandlungen gemacht, die ambulant möglich wären.

"Aber auch eine staatlich verwaltete, bürokratische Schmalspurmedizin ist der falsche Weg", warnt der FÄ-Chef. "Dies belegen Erfahrungen aus England und Skandinavien mit monatelangen Wartezeiten, fehlender freier Arztwahl und Checklistenmedizin." Die Freie Ärzteschaft mahnt, nur der Grundsatz "ambulant vor stationär" mit dem Vorrang für freiberufliche Haus- und Facharztpraxen biete die Chance, Medizin in Deutschland bezahlbar und zugleich unabhängig im Interesse der Patienten zu halten. Diese böten die beste Gewähr für eine unabhängige Medizin, die die Bedürfnisse der Patienten berücksichtigt.

Quelle: Freie Ärzteschaft e.V.